

NRW / Städte / Xanten

Weiterer Salzabbau

K+S wehrt sich gegen Vorwürfe aus Xanten und Alpen

23. September 2020 um 18:20 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Salzabbau unter tage (Archiv). Foto: Antje Seemann

Xanten/Alpen. Der Bergbau-Konzern K+S hat auf den offenen Brief von Xanten, Alpen und der Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigte NRW reagiert. Deren Vorwürfe könne er nicht verstehen, heißt es in dem Schreiben, eine Bürgerversammlung sei „zu gegebener Zeit“ geplant.

Von [Markus Werning](#)

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Der Bergbau-Konzern K+S weist die Vorwürfe aus Xanten und Alpen zurück, er würde die Öffentlichkeit nicht ausreichend über die geplante Erkundung von Salzlagerstätten unterhalb von Birten und den weiteren Abbau des Rohstoffs informieren. Das Unternehmen habe in den vergangenen drei Jahren „bei zahlreichen Gelegenheiten Transparenz bezüglich unserer Absicht hergestellt und unsere Vorhaben erläutert“, schreiben Hans-Heinrich Gerland und Ralf Hegemann vom Steinsalzbergwerk Borth in einer öffentlichen Antwort an die Stadt Xanten, die Gemeinde Alpen und die Bergbauinitiative Salzbergbaugeschädigte NRW. „Den in Ihrem Schreiben erhobenen Vorwurf einer fehlenden Information können wir deshalb nicht nachvollziehen und weisen ihn zurück.“

Gerland und Hegemann reagieren damit auf einen offenen Brief, den die Stadt Xanten, die Gemeinde Alpen und die Bürgerinitiative am 11. September veröffentlicht hatten. Darin beklagten sie eine „mangelhafte Informationspolitik“ des Unternehmens in Bezug auf den weiteren Salzabbau und forderten von K+S kurzfristig eine Bürgerversammlung zu der geplanten Erkundung von Lagerstätten unterhalb von Birten. Außerdem sprachen sie sich in dem Schreiben für eine Umweltverträglichkeitsprüfung aus, also eine weitreichende Untersuchung der möglichen Folgen auf die Umgebung durch die unterirdischen Arbeiten. Dazu schreiben Gerland und Hegemann, „dass wir mit allen Gremien und Interessenvertretern in unserem Umfeld gerne einen offenen und fairen Dialog führen möchten“. Sie ergänzen: „Ob dafür der Austausch Offener Briefe dem Führen persönlicher Gespräche vorzuziehen ist, überlassen wir gerne Ihrer Einschätzung.“

Der Konzern will sein Abbaugelände zwischen Rheinberg, Alpen und Xanten erweitern. Dafür muss von der Bezirksregierung Arnsberg als Bergbaubehörde ein neuer Rahmenbetriebsplan genehmigt werden. Das Unternehmen will schon vorher die Lagerstätten unterhalb von Birten erkunden. Nach Auffassung des Konzerns ist dafür keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig, nur für die Erweiterung des Rahmenbetriebsplans. Die geplanten Explorationsstrecken unterhalb von Birten dienen nur der Erkundung, mit ihnen sollten keine Fakten geschaffen werden, versicherte K+S. Um die Erweiterung des Abbaugeländes zu erklären, seien „zu gegebener Zeit“ öffentliche Bürgerinformationen geplant, aber jetzt sei eine solche Versammlung „wenig zielführend“, weil „die Ergebnisse wesentlicher Gutachten“ nicht vorlägen.